Nummer 12 — 25. Jahrgang
6mal wöch. Bezugspreis: für Januar 3.— M einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 30 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰ bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftlicher Teil: Josef Johmann, Dresden.

Sonnabend, 16. Januar 1926
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32722. Postscheckkonto Dresden 14797. Bankkonto: Boesenge & Frinksche, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altst. 16, Holbeinstraße 46. Fernruf 32722 und 33533.

FÜR MITTEILUNG GEEIGNETER ADRESSEN!
an die wir Probenummern unserer Zeitung zwecks Werbung versenden können,
sind wir jederzeit dankbar!

Die Personenfragen

Geßler und Kanitz wollen zurücktreten — Verhandlungen über die Verteilung der Ministerien auf die Fraktionen

Berlin, 15. Januar.

(Drahtbericht unserer Berliner Vertretung)

Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern der Mittelparteien, die gestern abgebrochen worden sind, sind heute fortgesetzt worden. Vormittags empfing der Reichskanzler Dr. Luther zunächst den Abg. Dr. Marx vom Zentrum und dann den Abgeordneten Dr. Koch. Um 12 Uhr findet eine Besprechung des Kanzlers mit den Führern der Mittelparteien ohne die Wirtschaftspartei statt. **Gegenstand dieser Besprechung ist die Frage der Zahl der Sitze, die den einzelnen Fraktionen zugesprochen werden sollen und welche Persönlichkeiten dafür in Betracht kommen.** Ein positives Ergebnis liegt zurzeit noch nicht vor. Die Verhandlungen sind auf gutem Weg, so daß irgendwelche Schwierigkeiten über Fragen des Regierungsprogramms wohl nicht mehr zu erwarten sind.

Ungeklärt sind noch immer ein paar wichtige Personenfragen. Die schwierigste Frage dürfte die Besetzung des Reichsinnenministeriums sein, auf das die Demokraten nicht verzichten wollen. Das Reichswehrministerium dürfte wahrscheinlich Dr. Luther selbst übernehmen. General von Seeckt denkt nicht im entferntesten daran, für den Ministerposten zu kandidieren. Für das Wirtschaftsministerium wird heute der Abgeordnete Fehr (Bayrischer Bauern-Bund) genannt.

*

Der Reichsminister für Ernährung und Wirtschaft Graf Kanitz hat heute nachstehendes Schreiben an den Reichskanzler Dr. Luther gerichtet, in dem es heißt:

„Ich bitte Sie, von meiner Wiederberufung in ein neugebildetes Kabinett abzusehen, da einerseits die verantwortungsvolle Tätigkeit eines Leiters eines Wirtschaftsressorts in 2½jähriger schwerster Wirtschaftskrise unter den heutigen Verhältnissen eine besonders schnelle gesundheitliche Abnutzung mit sich bringt und sich für mich jedenfalls eine längere Erholungszeit erforderlich macht, und andererseits die außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Weiterführung eines Amtes durch eine frische unverbrauchte Kraft erfordern."

In der gestrigen Besprechung zwischen Dr. Luther und den Fraktionsführern sind schon Personalfragen erörtert worden. Dabei kam der Wunsch der Parteien zum Ausdruck, daß die einzelnen Fraktionen möglichst durch führende Persönlichkeiten im neuen Kabinett vertreten sein möchten. Bisher ist eine Einigung in den Personalfragen noch nicht erzielt worden. Die Verhandlungen werden heute seit 12 Uhr mittags fortgesetzt. Man nimmt in Kreisen der Mitte an, daß bis Freitagabend oder spätestens aber zum Sonnabend sie zu einem Erfolge führen werden. Reichskanzler Dr. Luther begab sich gestern um 7 Uhr abends zum Reichspräsidenten von Hindenburg, um ihm über den bisherigen Verlauf seiner Verhandlungen Bericht zu erstatten.

Die Meldung, daß wegen der Person des Reichswehrministers Dr. Geßler bei den Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten entstanden seien, entspricht keineswegs den Tatsachen. Dr. Geßler hatte schon vor Weihnachten der demokratischen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß er den dringenden Wunsch habe, von der schweren Bürde seines Amtes befreit zu werden. In gleicher Weise hat er sich jetzt auch dem Reichskanzler Dr. Luther gegenüber geäußert. Ein Streit um seine Persönlichkeit hat in keinem Stadium der jetzigen Verhandlungen stattgefunden. Wahrscheinlich wird noch ein letzter Versuch gemacht werden, um Geßler zum Verbleiben im Kabinett zu bewegen.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung brachte gestern abend ihre Haltung zu der Betrauung Luthers mit der Kabinettsbildung in folgender Entschließung zum Ausdruck: „Durchdrungen von der Notwendigkeit, möglichst bald wieder eine verantwortliche Regierung zu haben, widerspricht die Wirtschaftliche Vereinigung der Bildung des Kabinetts nicht. Sie ist aber nicht in der Lage, sich an diesem Kabinett zu beteiligen und wird ihm gegenüber in sachlicher aber nicht grundsätzlicher Opposition stehen. Die Fraktion behält also völlige Unabhängigkeit für ihre Einstellung zu den jeweils auftretenden Fragen."

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist zum 19. Januar nach Berlin einberufen worden.

Brief aus Jugoslawien

Belgrad, im Januar 1926.

Im Jahre 1914 hat die serbische Regierung mit Rom ein Konkordat geschlossen. Da aber der Weltkrieg ausgebrochen war, konnte es nicht durchgeführt werden. Der Ausgang des Weltkrieges hat in Jugoslawien eine wesentlich neue Lage geschaffen. Die Zahl der Katholiken stieg von 30 000 auf 4 500 000, was die Schaffung eines neuen Konkordates notwendig machte. Die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad werden schon seit vier Jahren geführt, ohne daß sie ein besonderes Resultat erzielt hätten. Der päpstliche Unterhändler ist Monsignore Borgogini, der sich nach einem Aufsatze des Regierungsorgans Vreme zur slawenfreundlichen Politik Rampollas bekennt, dennoch aber bisher nichts erreichen konnte, da die serbische Regierung unerfüllbare Forderungen stellte. Schon der Umstand, daß der Vertreter der jugoslawischen Regierung, Dr. Voja Jancic, ein griechisch-orthodoxer Priester ist, läßt darauf schließen, daß sie nicht geneigt ist, Rom wesentliche Konzessionen zu machen.

Die Schwierigkeiten, die bisher den Konkordatsverhandlungen im Wege standen, beziehen sich auf die Schulen, auf die Ernennung der Bischöfe und auf die Kirchensprache. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, in der Schulfrage eine Verständigung herbeizuführen, indem man den diesbezüglichen Text des serbischen Konkordats von 1914 angenommen hat, welcher den staatlichen und den Schulinteressen entspricht. Hiernach wird in den Schulen der Religionsunterricht von jenen Priestern oder sonstigen Personen erteilt, die nach vorher stattgefundener Verabredung mit den politischen Behörden als Religionslehrer angestellt werden. In bezug auf die Ernennung der Bischöfe forderte die jugoslawische Regierung anfangs freie Hand. Als sie aber einsah, daß der päpstliche Vertreter auf der Praxis verharre, wie sie sich auch in anderen Staaten herausgebildet hat, gab sie nach, und forderte nur, daß vor der Ernennung eines Bischofs die Staatsgewalt über den Bischofskandidaten vorher verständigt werde, damit diese nachprüfen könne, ob nicht gewisse politische oder sonstige Schwierigkeiten bestehen, welche die Ernennung des betreffenden Kandidaten für unerwünscht hinstellen.

In der Frage der Kirchensprache verharrte die jugoslawische Regierung auf ihrem starren Standpunkte und gab nicht nach, obwohl Rom diesbezüglich in der Nachgiebigkeit vielleicht schon zu weit gegangen ist. So können z. B. die Begräbniszeremonien schon jetzt in slawischer Sprache erfolgen. Auch die Lektion und das Evangelium wird bei Festmessen schon slawisch gesungen. Die jugoslawische Regierung begnügt sich mit diesen Zugeständnissen nicht, und fordert die Einführung der slawischen Sprache als Kirchensprache auf der ganzen Linie. So weit wird Rom in der Nachgiebigkeit nicht gehen. Es kann sich hierin auf die Unterstützung der jugoslawischen Bischöfe verlassen. Eine Einführung der slawischen Sprache als Kirchensprache würde in dem sprachlich gemischten Lande zu den unmöglichsten Folgen führen. Die Deutschen und die Magyaren würden darin eine Verslawisierung der Kirche erblicken und mit ähnlicher Begründung die deutsche bezw. die magyarische Sprache als Kirchensprache fordern. Die Bischöfe haben in der Presse alle Zweideutigkeit ausschließend festgestellt, daß die serbische Regierung sich irre, wenn sie glaubt, Rom zu weiteren Konzessionen zwingen zu können. Die Folge der Stellungnahme der Bischöfe war, daß sie von Dr. Jancic im Samouprava angegriffen wurde, daß sie die Stellungnahme der jugoslawischen Delegation erschwere und das Wasser auf die Mühle Roms treibe. Die Aeußerung Jancic' war derart scharf gehalten, daß der päpstliche Nuntius Pelegrinetti deswegen im Ministerium des Aeußeren Vorstellungen zu erheben gezwungen war.

Noch im Herbst begab sich Monsignore Borgorgini nach Rom, um über den Stand der Verhandlungen Bericht zu erstatten und um weitere Instruktionen einzuholen. Die Verhandlungen werden im Januar fortgesetzt. Radics, der bisherige Oppositionsführer und nunmehrige Kultusminister, will seit seiner Entlassung aus dem Kerker den Beweis erbringen, daß er die Sonderstellung der Kroaten aufgegeben habe und, obwohl ein Katholik, auch den Katholiken feindlich gesinnt sei. Er läßt keine Gelegenheit vorbeigehen, um dem Klerus nicht eins am Zeug zu flicken. Dr. Korosec, den Führer der Katholischen Volkspartei, nennt er folgerichtig nur „einen Pfaffen", der mit Hilfe des Beichtstuhles und seiner roten Binde am Bauch das slowenische Volk absichtlich in Dummheit halte. Dem Episkopat wirft er Ehrgeiz, Hunger nach Macht und reaktionäre Gesinnung vor. Der Papst stehe nach einer unlängst gemachten Aeußerung Radics' im Solde des italienischen Imperialismus. Er habe dem italienischen Imperialismus geholfen, Kroatien Fiume zu rauben. In der Politika schreibt Radics: „Die klerikale Gefahr ist so groß, daß unser kroatisches Volk sich mit dem serbischen nie verschmelzen wird, solange sich Kroatien von Rom nicht befreie." Des weiteren führt er dann aus, daß der Katholizismus eine Religion der südlichen, nicht aber der übrigen Völker sei. Eine jede andere Nation ist nur in dem Maße groß, in welchem sie sich eine eigene nationale Religion gegründet hat. Dies beweist England, Preußen, Rußland usw. (Die „Größe" Preußens usw. ist uns ja allzu bekannt. D. Red.) Die Schlußfolgerung dieser hinkenden Betrachtung ist: auch die Kroaten müssen sich eine eigene nationale Religion gründen. Solange die Gegensätze zwischen der katholischen und griechisch-orientalischen Religion nicht ausgeglichen werden können, muß der kroatische Altkatholizismus mit allen Mitteln unterstützt werden. Die Zukunft wird dann schon das Aufgehen der Kroaten im Serbentum und in der griechisch-orientalischen Religion mit sich bringen.

So Radics, der katholische Kroat und jugoslawische Kultusminister. Inwieweit er unter dem Einflusse seiner atheistischen Frau, die eine geborene Tschechin ist, steht, läßt sich nicht feststellen. Da er ein glänzender Redner und originieller Kopf ist, und trotz seiner unerklärlichen politischen Umschwenkung noch immer einen großen Anhang unter den Kroaten hat, rufen seine katholikenfeindlichen Angriffe große Verwirrung hervor. Viele, die ihm bisher durch Dick und Dünn gefolgt sind, machen nun auch seinen kulturkämpferischen Feldzug mit. Andererseits aber gibt es auch viele, die die Religion über den Nationalismus stellen, und ihm keine Folgschaft leisten. Die Volksversammlungen eröffnet er heute noch mit dem „Gelobt sei Jesus Christus", aber auch das Volk beginnt schon wahrzunehmen, daß das nur Bauernfängerei sein will. Die Gläubigen beginnen sich um ihre Bischöfe zu scharen. Im letzten Hirtenbrief ruft der Episkopat die Katholiken zur gemeinsamen Abwehr gegen den ihnen aufgezwungenen Kulturkampf und teilt mit, daß demnächst ein katholisches Tageblatt erscheinen und die slowenische Katholische Volkspartei ihre Tätigkeit auch in Kroatien beginnen werde. Dies ist teilweise schon eingetreten. Die Katholische Volkspartei hat in Dalmatien bereits ihre Werbetätigkeit begonnen, die bisher über alles Erwarten gut gelungen ist. Es ist Hoffnung vorhanden, daß ihre Propaganda auch in Kroatien, wo Radics vor fünf Jahren Popularität großen Teils mit Hilfe des Klerus erworben hat, einen ähnlichen Erfolg haben wird. Gewiß ist die Lage der Katholiken schwer. Aber ein offener Kampf ist immer besser, als geheime Machinationen. Radics hat diesen Kampf angesagt. Ob er ihn bis zu Ende bestehen wird, ist sehr zweifelhaft. Er dürfte seinen Kopf am Widerstande der kroatischen Katholiken schließlich doch zerschellen.

*

zek **Agram**, 14. Januar.

Der Streit wegen des St. Hieronymus-Institutes in Rom hatte sich bekanntlich bis zur Möglichkeit eines Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und dem Vatikan verschärft. Der Vatikan nahm das Verwaltungsrecht über das Institut ganz für sich in Anspruch, während es Jugoslawien für sich haben wollte. Die jugoslawische Regierung war auch darüber besonders aufgebracht, daß die in Jugoslawien amtierenden römisch-katholischen Kirchenfürsten den Rechtsstandpunkt des Vatikans teilten, wodurch der Streit nur an Heftigkeit gewann. Nach der endgültigen Abreise des jugoslawischen Gesandten Dr. Smodlaka aus Rom ist nunmehr eine bedeutende Besserung eingetreten. Durch Vermittlung der italienischen Regierung wurden die Besprechungen zwischen Belgrad und Rom wieder aufgenommen und ein neuer Meinungsaustausch eingeleitet. Nach einmonatigen Verhandlungen hat der Vatikan das ausschließliche Verwaltungsrecht der jugoslawischen Regierung in dem genannten Institut prinzipiell anerkannt. Dieser Tage werden die Einzelheiten des Abkommens festgestellt werden. Sodann wird die jugoslawische Regierung einen angesehenen Priester des Belgrader Erzbistums zum Rektor des Institutes ernennen. Ueber die Person wurde bereits eine Einigung erzielt. Das Bekanntwerden des Standpunktes des Vatikans hat in Jugoslawien in allen interessierten Kreisen den besten Eindruck hervorgerufen.

Noch wichtiger als die Beilegung dieses Konfliktes wegen des Instituts zum heil. Hieronymus ist die Nachricht, die heute offiziell bestätigt wird, daß die Konkordatsverhandlungen mit Jugoslawien in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Gesandter Dr. Smodlaka wird nicht mehr nach Rom zurückkehren.

SLUB
Wir führen Wissen.